Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. u. 25. jeden Monats.

Heft 80. IX. BAND 15. Dezember 1917

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf — Vierteljährlich: M. 3.50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 5., 15. u. 25. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

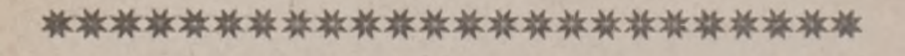
Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle redaktionellen Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.



Nr. 80. 15. Dezember 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

In Sachen Litauens.

Wenn von der litauischen Frage die Rede ist, so muss man sich zunächst den heutigen Begriff „Litauen" gut vergegenwärtigen. Es ist dies nicht so einfach, wie es im ersten Augenblick erscheint. Gerade auf diesem Hintergrund entstehen im Auslande oft Missverständnisse, die man vermeiden müsste. Der Terminus „litauische Frage" hat heute eine doppelte Bedeutung. Vor allem ist schon der Name „Litauen" allein ein historisch-geographischer Begriff, der sich historisch im Laufe langer Jahrhunderte herausgebildet hat und das Territorium des ehemaligen Grossfürstentums Litauen begreift, das bis Ende des 18. Jahrhunderts in einer staatlichen Union mit Polen verblieb. Dieses Land lebte das polnische staatliche Leben und im Geiste des polnischen Patriotismus. Es besass ausschliesslich polnische Kultur. Hier sind eine ganze Reihe politischer und literarischer Berühmtheiten geboren worden, die die polnische Geschichte zum Glanz gebracht haben. Von hier aus haben ihren Ausgang genommen zwei grosse Männer, die dem polnischen Herzen am teuersten sind: Kościuszko und Mickiewicz. Ihre Wiege stand in Litauen, ihre Asche ruht in den Grabgewölben des Königsschlosses Wawel. Diese beiden grossen Namen sind das grosse geistige Band, das Polen mit Litauen verbindet, sie bilden die geistige Ergänzung der ehemaligen politischen Union. Das so verstandene Territorium des historischen Litauens umfasste im Augenblick des Kriegsausbruches die Gouvernements: Witebsk, Mohilew, Minsk, Wilno, Kowno und Grodno. Von dem zuletzt genannten Gouvernement gehörte die Stadt

Białystok mit dem umliegenden Gebiet zur polnischen Zeit nicht zum Grossfürstentum Litauen, sondern sie war ein Bestandteil der Wojewodschaft Podlachien und somit auch der Krone Polen Sie kam zu Russland auf Grund des Vertrages von Tilsit

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann man in der halbamtlichen und sogar in der amtlichen russischen Sprache Litauen mit der Bezeichnung „Nordwestliches Gebiet“ zu belegen, um die Spuren der Vergangenheit auszumerzen Im Lande selbst konnte diese Bezeichnung aber keinen Fuss fassen und der Name und Begriff „Litauen“ im Sinne der historischen Tradition ist ein ganz deutlich und klar umschriebener Begriff geblieben, der seine genaue bestimmte Bedeutung hat. Die gleiche historische Bedeutung haben auch die hiervon abgeleiteten Worte „Litauer“ und „Litauisch“ Die in diesem Land lebenden Polen betonen, wenn sie sich Litauer nennen, dadurch nicht einen Gegensatz zu Polen, sondern sie verwenden diesen Terminus im Sinne einer provinziellen Nuance, halten sich aber für einen Bestandteil des allgemeinen polnischen Elementes, der polnischen Nation. Ein Gegensatz zum Polentum liegt in diesem Namen nicht.

Aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich neben dieser ersteren auch noch eine andere Bedeutung des Namens „Litauer“, „litauisch“ herausgebildet Den nördlichen Teil des von den deutschen Armeen okkupierten Litauens sowie die nördlichen Kreise des, einen Bestandteil des Königreichs Polen bildenden Gouvernements Suwałki bewohnt, wie bekannt, eine litauisch sprechende Bevölkerung. Die wirtschaftlich und kulturell höher stehenden Schichten in diesem ganzen Gebiete sind polnisch: sie nehmen dort die gleiche Stellung ein wie die Deutschen in Kurland und Livland — nur sind sie bedeutend zahlreicher. Es gibt dort auch polnische Enklaven und Minderheiten Unter dem litauischen Volk ist das nationale Bewusstsein erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts

erwacht. Noch im Jahre 1863 kämpften litauische Bauern, die kein Wort polnisch verstanden, in den Reihen der polnischen Insurgenten. Mit der Zeit, im Zusammenhang mit dem allgemeinen Erwachen des nationalen selbständigen Bewusstseins unter den kleinen Völkern, die keine staatliche Existenz gekannt haben oder die alle solche Traditionen vergessen haben, erwachte auch zum Leben das litauische Volk. Die russische Regierung spielte diese junge Bewegung gegen die Polen aus, aber sie verhinderte gleichzeitig die Gründung litauischer Schulen, und das Verbot der Verwendung lateinischer Schrift für litauische Publikationen unterband die Anfänge der jungen Literatur. Nichtsdestoweniger hat ein Erwachen des nationalen selbständigen Bewusstseins unter den litauisch sprechenden Litauern stattgefunden, wenn auch nicht vielleicht unter der ganzen Masse des Volkes, aber immerhin in bedeutendem Umfange. Jetzt hat diese Bewegung einen neuen Begriff der Bezeichnung „Litauer" herausgebildet. In dieser begrenzteren Bedeutung heissen jetzt „Litauer" diejenigen, die litauisch sprechen. So hat also ein und dasselbe Wort eine doppelte Bedeutung: eine historische, alte und umfassendere und eine ethnographische, mehr begrenzte, erst vor kurzem entstandene. In der ersten Bedeutung wurde der Name „Litauen", „Litauer" allgemein gebraucht, sowohl in Litauen wie ausserhalb seiner Grenzen, und diese Bedeutung bedarf keinen Kommentars.

Solche einführenden Erklärungen drängen sich mir auf, wenn die Rede auf die Lösung der litauischen Frage kommt. Die Lösung der litauischen Frage mit Bezug auf den ganzen denjenigen Teil Litauens, der sich in der Macht der Okkupanten befindet, ist gegenwärtig eine schon sehr aktuelle Sache. Als einfachste Lösung erscheint zunächst die Wiedererrichtung des früheren Grossfürstentums Litauen aus sämtlichen Ländern, die ehemals dazu gehört haben, und ihre Stellung in eine Union mit Polen. Diese Lösung würde

einer jahrhundertlangen Tradition und auch der Wirklichkeit entsprechen, weil dieses ganze Land eine wirtschaftliche und geographische Einheit bildet. Hier aber begegnen wir dem von den litauisch sprechenden Litauern (also in der zweiten, ethnographischen Bedeutung dieses Wortes) geäusserten Wunsch nach Selbständigkeit. Gegen diese Aspirationen kann man, gemäss dem Grundsatz der Selbstbestimmung, nicht protestieren. Im Gegenteil, man muss den Litauern (in der ethnographischen Bedeutung dieses Wortes) wünschen, was auch ich tue, eine gedeihliche Entwicklung und die allerbeste Zukunft. Aber mit einer Einschränkung: diese Aspirationen sind berechtigt nur auf dem geschlossenen, ethnographischen Gebiet. Ansprüche auf Wilno und die benachbarten Kreise sind durchaus unberechtigt und müssen mit Protest zurückgewiesen werden. Wilno ist eine polnische Stadt; die polnische Bevölkerung in Wilno überwiegt, die Zahl der Litauer ist dort sehr unbedeutend. Polnisch sind auch die benachbarten Kreise. Falls die Litauer einen unabhängigen Staat wünschen, müssen sie ihn auf das geschlossene ethnographische nördliche Gebiet begrenzen, trotzdem sich auch dort polnische Enklaven und polnische Schichten von ganz deutlich ausgeprägter Kultur befinden. Dann muss das ganze südliche Litauen Polen angegliedert werden. Es ist dies ganz ein Land polnischer und nur polnischer Kultur; ganze Kreise sind dort rein polnisch, während die Weissrussen katholischer Religion stark nach Polen gravitieren. Die Polen würden sich mit ihnen leicht und ohne Schwierigkeiten verständigen. Polnisch muss natürlich Wilno bleiben, dieser Brennherd polnischen Lebens und polnischer Kultur, in dem die Wiege der polnischen romantischen Poesie stand und mit dem der uns so teure Name Mickiewicz verbunden ist. Wilno kann das polnische Volk nicht vergessen und wird es nie vergessen.

Alfons Parczewski.

Polen — Deutschland.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Ich habe während des Krieges einige Male, darunter auch in dieser Zeitschrift, Gelegenheit gehabt, mich über deutsch-polnische Fragen zu äussern, und habe dabei stets den Standpunkt vertreten, dass es nicht möglich ist, die Beziehungen zweier Völker, wie des deutschen und polnischen, zukünftig auf irgend welche Art von Gewaltpolitik zu gründen. Der wirkliche Ausgleich zwischen Deutschen und Polen ist nicht leicht, er ist sogar sehr schwer, aber wenn er nicht gelingt, so bleibt die polnische Wunde in Europa offen, und die Folgen würden auch für Deutschland bedenklich sein. Die Verständigung ist, abgesehen von geschichtlichen und volkspsychologischen Gründen, die auf beiden Seiten wirksam sind, darum schwer, weil von den Polen im Königreich verlangt werden muss, dass sie ehrlich auf die politische Vereinigung mit ihren Stammesgenossen, die innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches leben, verzichten. Wer hierüber leichter Hand hinweggehen zu können meint, zeigt damit, dass er kein Verständnis für die Natur solcher tief einschneidender nationaler Fragen hat. Es versteht sich auch von selbst, dass unsere zukünftige Polenpolitik darauf ausgehen muss, den Polen nicht mehr zu tragen zu geben, als unbedingt nötig ist Dies Notwendige, die Zugehörigkeit von einen Fünftel der polnischen Nation zu Deutschland, ist für sie schon schwer genug. Noch mehr zu verlangen, zu verlangen, dass die zu Deutschland gehörigen Polen Deutsche werden sollen, sie im Gebrauch ihrer Sprache und im Gefühl ihres nationalen Kulturzusammenhanges zu beeinträchtigen, ist unbillig und gefährlich. Ebenso unbillig ist jede Art von Gesetzgebung oder Verwaltungspraxis, die offen oder versteckt eine Ausnahmebehandlung der Polen im Deutschen Reiche bezweckt. Was die Deutschen als ehrenhaft und rechtmässig betrachten würden, wenn sie selbst in ähnlicher Lage, wie die

Polen in Deutschland, es für sich forderten, das sollen wir auch den Polen zugestehen, die unter uns leben, nicht nach ihrer freien Wahl, sondern aus zwingender politischer Notwendigkeit. Oder, wenn eine andere Formel passender erscheint: Man möge die Polen in Deutschland so stellen, wie die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität im Königreich Polen gestellt sind oder gestellt sein werden. Das kann „Kultur-Autonomie“ genannt werden, sobald Klarheit darüber besteht, dass die Autonomie nicht ins Politische hinüberspielt, also die Staatseinheit nicht gefährdet

Politische Loyalität muss verlangt werden; was darüber hinausgehen soll, würde zu nichts Gutem führen Auch vom deutschen Volkstum lebt ein Fünftel ausserhalb der Grenzen des Deutschen Reiches in Oesterreich-Ungarn. Wollte man diese politisch an Deutschland zurückbringen, so wäre es das Ende des mitteleuropäischen Gedankens und damit früher oder später auch das Ende Deutschlands. Dasselbe gilt für die Polen gegenüber ihren Landsleuten in Deutschland. Die Polen müssen nicht nur einsehen, dass es bei deren Zugehörigkeit zum Deutschen Reich bleiben muss, sondern man darf von ihnen auch verlangen, dass sie sich klar dazu bekennen. Je unzweideutiger sie das tun, desto besser ist es für sie und desto mehr erleichtern sie ihren deuschen Freunden die Arbeit. Die Lostrennung Posens, Westpreussens und gar Oberschlesiens von Deutschland würde die Zertrümmerung des Deutschen Reiches, also gleichfalls das Ende Mitteleuropas und das Ende Polens besagen. Handeln und reden die Polen nicht unzweideutig noch zu dieser Einsicht, so werden sie immer diejenigen Stimmen in Deutschland stärken; die da behaupten, die Polen meinten es nicht aufrichtig, man dürfe nicht mit ihnen paktieren, sondern müsse auch in Zukunft hakatistische Politik treiben.

Für so wichtige und schmerzliche Verzichte ist es ratsam, den Betroffenen eine Entschädigung zu geben,

und je grösser die Entschädigung bemessen werden kann, desto leichter wird sich der Verzicht tragen lassen und der innere Ausgleich mit dem nationalen Schicksal erfolgen. Das ethnographische Polen liegt, von der Nachbarschaft der Deutschen im Westen abgesehen, zwischen den Litauern im Norden, den Weissrussen im im Nordosten und den Ukrainern im Südosten und Süden. Ueber das Verhältnis zwischen Polen und Litauern und Polen und Urkrainern möchte ich hier nicht sprechen. Nach beiden Seiten hin liegen bedeutende Schwierigkeiten vor, denn nach beiden Seiten hin handelt es sich sowohl um ausgesprochene nationale Selbstständigkeiten, die zum Teil in einem scharfen Gegensatz zum Polentum stehen, als auch um andere staatliche, mitteleuropäische und gesamteuropäische Interessen, die eine Regelung dieser Fragen einfach nach den polnischen Wünschen nicht zulassen werden. Anders dagegen verhält es sich mit Weissrussland. Weissrussland ist ein grosses Gebiet, ebenso gross wie das ethnographische Polen, wenn auch schwächer bevölkert. Von den bedeutenderen Plätzen im Westen gehören z. B. Grodno und Wilna dazu, obwohl Wilna von den Litauern als Hauptstadt beansprucht wird. Wilna ist auch die Hauptstadt Litauens: aber es ist von Anfang an ausserhalb des ethnographischen Litauens auf weissrussischem Gebiet gegründet worden, um von dort aus die litauische Macht nach Weissrussland und der Ukraine hineinzutragen. War doch das litauische Stammland räumlich jahrhundertelang nur ein kleines Anhängsel zu dem russischen Besitz der litauischen Herrscher.

Weissrussland muss, soviel davon irgendwie zum neuen Königreich Polen hinzugeschlagen werden kann, die polnische Entschädigung für die Verzichte sein, die dem Polentum nicht erspart werden können. In Weissrussland leben Polen in ziemlich bedeutender Zahl, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem platten Lande. Weissrussland hat starke polnische Ueberliefer-

ungen, ein Teil der Weissrussen ist auch noch katholisch. Zum mindesten die westlichen Weissrussen betrachten als die Herren- und Kultursprache, deren sie sich bedienen, sobald sie sozial emporsteigen, weniger das Grossrussische als das Polnische. Die weissrussischen Bestrebungen nach nationaler Selbständigkeit sind schwächer entwickelt, als bei irgend welchen anderen Völkerschaften des russischen Reiches. Ohne Zweifel würden die Weissrussen durch eine Polonisierung, die bei ihnen kaum auf Widerstand stossen würde, nur Fortschritte in der Kultur machen. Dasselbe würde ihr Uebergang von der griechisch-morgenländischen Kirche zum Katholizismus oder zur Union mit Rom bedeuten. In Weissrussland finden sich auch noch grosse Möglichkeiten nationaler Kolonisierung für das Polentum. Bestand und Bevölkerung des Königreichs Polen würden durch die Angliederung Weissrusslands so stark vergrössert werden, dass von einer vollwertigen Kompensation gesprochen werden könnte. Friedlich-kulturelle Polonisierung und Katholisierung Weissrusslands wäre ein grosses Ziel für das Polentum.

Politisch hätte die Vereinigung von Weissrussland mit Polen zur Folge, dass keine Brücke zwischen Polen und Moskau gebaut werden könnte. Die Polen hätten Weissrussland gegen Moskau zu verteidigen. Dies wäre der Keil, der Polen auf alle Fälle von Moskau fort und an Mitteleuropa herandrückte. Wenn aus keinem anderen Grunde, so sollte man schon aus diesem auf die Ausstattung des neuen Polens mit Weissrussland in möglichst grossem Umfange bedacht sein. Je grösser die polnischen Aufgaben im Nordosten werden, je mehr polnische Kraft, polnische Mittel, polnisches Blut dort erforderlich sind, desto leichter wird der innere Ausgleich mit der Tatsache zustande kommen, dass die polnischen Westgebiete bei Deutschland bleiben und bleiben müssen. Ob es je innere nationale Sympathien zwischen Deutschtum und Polentum geben wird, steht dahin. Bei klaren politischen Verhältnissen

und gerechter Erkenntnis dessen, was beide Völker brauchen, das deutsche wie das polnische, sind aber Sympathien gar nicht die Hauptsache. Zu solchen gehört immer eine gewisse Verwandschaft der Volksart, und die Volksart ist bei den Deutschen und Polen sehr verschieden. Mit der Zeit, wenn das gemeinsame mitteleuropäische Interesse beiden Nationen klar wird, wird es zwischen ihnen wohl auch zu derjenigen psychologischen Verfassung kommen, die mehr wert ist, als „Sympathien“: nämlich zur Erkenntnis der beiderseitigen realpolitischen Interessengemeinschaft auf Kosten all dessen, was früher trennend zwischen ihnen stand.*)

Das erste polnische Kabinett.

Warschau, 8. Dezember.

Die Bildung des ersten polnischen Kabinetts hat einige Zeit in Anspruch genommen, was niemanden wundern wird, der einigermassen mit den Verhältnissen vertraut ist. Ueber die Schwierigkeiten und die Aufgaben hat der Chef der Regierung, Ministerpräsident v. Kucharzewski, zu den Warschauer Pressevertretern während eines Empfanges am 5. d. M. geäussert, dass noch in keiner den Teilungen folgenden Periode, der in Entstehung begriffene polnische Staat solche Schwierigkeiten zu überwinden hatte, wie gegenwärtig. Das gegenwärtige Kabinett wird keine Regierung im eigentlichen Sinne des Wortes sein. Der Ministerpräsident erwähnte dann die aufgetauchten Gerüchte, dass er die Absicht haben sollte, Russland den Krieg zu erklären. Er verwies sie in das Reich der Fabel. Herr von Kucharzewski glaubt, dass die Presse auf die Nervosität und das Misstrauen im Lande günstigen Einfluss ausüben und dazu beitragen kann, dass sich zu der Regierung ein Vertrauensverhältnis und eine

*) Anm. d. Red.: Wir veröffentlichen diesen Aufsatz als Diskussionsartikel.

ständige Verbindung anbahnen wird. Die Regierung müsse dem Grundsatz der Oeffentlichkeit huldigen, es müsse ein Bett existieren, durch das die Gedanken der Regierung an die Oeffentlichkeit gelangen können.

Bei den bisherigen Verhandlungen um die Bildung des Kabinetts, meinte Herr von Kucharzewski, war es geboten, sich in erster Linie an talentierte Fachleute zu wenden; es war zu untersuchen, wer über solche Fähigkeiten und Erfahrungen verfügt. Manche Persönlichkeiten mussten aus anderen Teilen Polens genommen werden, weil gewisse Zweige der Verwaltungstätigkeit hier im Lande keine erprobten Vertreter besitzen. Wir haben unsere Wahl nicht nach der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Lager zu treffen, sondern ausschliesslich nach den fachmännischen Fähigkeiten; wir lassen uns nur von der Ueberlegung leiten, ob die betreffende Persönlichkeit von der Ueberzeugung durchdrungen ist, dass der Aufbau der polnischen Staatlichkeit eine dringende Notwendigkeit ist.

Die polnische Regierung — betonte Herr von Kucharzewski — muss ehrlich demokratisch sein, es soll ihr das Ideal des polnischen Volksstaates voranleuchten. In Polen muss der Typus eines mit dem Bürgertum verschmolzenen Beamten entstehen; es wäre unerhört, wenn in Polen eine steife, dem Volk entfremdete Bürokratie emporwuchern sollte

Die Aufgaben der Regierung sind zwiefach: für die Gegenwart und für die Zukunft berechnet. Die Regierung muss alles unternehmen, um die schwierige Lage unserer Volksmassen zu bessern und die allgemeine Not zu lindern.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Augenblicks zählt Herr von Kucharzewski die Festigung der Rechtslage, soweit dies in der gegenwärtigen Zeit ereichbar ist.

Die Regierung würde aber ihre Pflicht nur halb erfüllen, wenn sie sich ausschliesslich mit dem Heilen der Wunden beschäftigen würde. An den Aufbau des künftigen Polens denkend, muss die Regierung vor-

wärts gehen, selbst über scharfe Steine; das Ideal des demokratischen Polen, des Volks-Polen, muss uns allen voranleuchten.

Die Aufstellung einer Armee auf dem Wege der Zwangsaushebung ist nach der festen Ueberzeugung des Ministerpräsidenten eine ausserordentlich dringende Nationalpflicht. Damit eine nationale Armee entstehen soll, sind allerdings eine ganze Reihe von günstigen Voraussetzungen notwendig, die zu schaffen nicht gerade leicht ist. Die Bildung einer nationalen Armee würde allerdings das ganze Volk mit dem polnischen Staat verbrüdern. Die Massen müssen es schliesslich empfinden, dass in der Verteidigungskraft der Nation die Macht des Staates besteht. Die Einberufung des Landtags wird erst eine weitere Stufe für den Eintritt der Nation ins staatliche Leben bedeuten. Dieser Akt müsse übrigens erst nach dem Staatsrat kommen, denn der letztere soll eben die Wahl des Parlaments bestimmen und festsetzen. Aber erst die Volksvertretung im wahren Sinne dieses Wortes wird die Zukunft unseres nationalen Schicksals endgültig entscheiden können.

Obige Ausführungen waren keine Programmrede im eigentlichen Sinne des Wortes — diese wird in geeignetem Orte an der Spitze der Regierung abgegeben werden — sondern bezeichneten die Richtlinien des Ministerpräsidenten bei Schaffung des ersten polnischen Kabinetts. Nach diesen Richtlienien ist es auch wirklich ins Leben gerufen worden.

Hier die Liste des ersten nationalen polnischen Ministeriums und kurze biographische Notizen:

1. Minister des Inneren: Jan Stecki.

2. Justizminister: Stanisław Bukowiecki.

3. Schatzminister: Jan Kanty Steczkowski.

4. Minister für Kultus und Unterricht: Antoni Ponikowski.

5. Minister für Landwirtschaft und staatliche Domänen: Józef Mikułowski-Pomorski.

6. Minister für Handel und Industrie: Jan Zagleniczny.

7. Minister für öffentliche Fürsorge und Arbeiterschutz: Stanisław Staniszewski.

8. Minister für Lebensmittelversorgung: Stefan Przanowski.

Die bisher in dem Departement für politische Angelegenheiten bearbeiteten Angelegenheiten gehen unter die Leitung des Ministerpräsidenten über. Direktor dieser Abteilung bleibt der bisherige Direktor des politischen Departements des Provisorischen Staatsrates, Graf Adalbert Rostworowski.

Der Minister des Innern, Jan Stecki, ist im Jahre 1871 im Gouvernement Lublin geboren und studierte zuerst als Mediziner an der Warschauer Universität. Dann studierte er Staatswissensehaften und Nationalökonomie an der Universität in Bonn. Im Jahre 1909 wurde er als Nationaldemokrat in die II. Duma zum Abgeordneten gewählt, wo er das von dem Polenklub der Duma eingebrachte Autonomieprojekt für das Königreich Polen vertrat. Eine Kandidatur zur 3. und 4. Duma hat er sodann abgelehnt. In dieser Zeit veröffentlichte er zwei Arbeiten: „Ueber die landwirtschaftliche Frage“ und „Ueber die Autonomie des Königreichs Polen“, von denen die letztere grosses Interesse geweckt und zu zahlreichen politischen Kommentaren Veranlassung gegeben hat. Während des Krieges hat ihn der Polnische Klub in Lublin zu seinem Vorsitzenden gewählt; Herr Stecki entwickelte auch eine rührige Tätigkeit auf dem sozialen und Aprovisierungsgebiet im österreichischen Okkupationsteile.

Der Justizminister Stanisław Bukowiecki, 1876 in Opatów geboren, studierte Rechtswissenschaften in Warschau und Heidelberg, wo er auf Grund der Dissertation „Ueber das Recht auf Arbeit“ den Doktorgrad erwarb. Nach Rückkehr in die Heimat wirkte er zuerst als Rechtsanwalt, entfaltete dann aber eine umfangreiche schriftstellerische und Lehrtätigkeit auf dem

Gebiete der Nationalökonomie Wirtschaftsgeschichte und Rechtswesen. Er schrieb längere Abhandlungen, von denen besondere Aufmerksamkeit verdienen: „Eine vergleichende Kritik des zivilen Bergrechts in den polnischen Ländern" und „Die Nation als Objekt der Volkswirtschaft". 1914 erschien seine Hauptarbeit: „Die Schule angesichts des öffentlichen Rechtes". Einst Mitglied der Nationaldemokratie, hat er ihre Reihen verlassen, nachdem sie slavophil wurde und schrieb mehrere antirussische Broschüren; von Einfluss war seine Broschüre, die in Lemberg anonym unter dem Titel: „Russland gegenüber Polen" vor Kriegsausbruch erschien. Zum Mitglied des provisorischen Staatsrates ernannt, wurde er an an die Spitze des Justizdepartements gestellt. Die rasche Organisierung des polnischen Justizwesens ist hauptsächlich seiner Energie zu verdanken. Gegenwärtig gehört er keiner Partei än, er gilt jedoch als der Liga der polnischen Staatlichkeit nahestehend.

Der Schatzminister Jan Kanty Steczkowski ist einer der hervorragendsten polnischen Finanztechniker und Organisatoren. Geboren 1861 in Westgalizien, widmete er sich nach Absolvierung seiner Rechtsstudien einige Zeit der Anwaltstätigkeit in Lemberg. Vom Landesausschuss in die Direktion der Galizischen Sparkasse berufen, sanierte er diese Anstalt gründlich. Sodann übernahm er die Leitung der Lemberger Filiale der österreichischen Kreditanstalt, bis er schliesslich zum Generaldirektor der Galizischen Landesbank berufen wurde und hier die wichtige Transaktion des Ankaufs der galizischen Bergwerksgerechtsame aus der Schlutiusschen Nachlassmasse durchführte. Herr Steczkowski ist Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

Der Minister für Kultus und Unterricht, Antoni Ponikowski, 1878 geboren, studierte an der Universität Warschau Mathematik, vervollkommnete nachher seine Ingenieurkenntnisse durch ein dreijähriges Studium auf ausländischen Hochschulen, wobei er sich besonders auf dem Gebiete der

Hydrotechnik und der Landmeliorationen spezialisierte. Im Jahre 1908 organisierte er eine Gesellschaft zur Führung von Metiorationsarbeiten im Königreich und in Litauen. Seit einigen Jahren widmete er sich ausserdem der Lehrtätigkeit, war in der Unterrichtsabteilung des Bürgerausschusses tätig zuletzt als Professor am Polytechnikum.

Der Minister für Landwirtschaft und staatliche Domänen, Józef Mikułowski-Pomorski, ist i. J. 1868 in Malice, in der Landschaft Sandomierz, geboren. Er studierte in Riga und Leipzig. Von 1894 bis 1911 war er Adjunkt und dann Professor, schliesslich Direktor der Landwirtschaftlichen Akademie in Dublany, Galizien; Ausserdem leitete er seit 1895 die landwirtschaftliche Experimentierstation in Dublany, die sich unter seiner Hand zu den bestentwickelten polnischen wissenschaftlichen Institutionen ausgestaltet hat. Professor Pomorski war sodann noch Vizepräsident der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Lemberg und der Gesellschaft für Unterstützung der polnischen landwirtschaftlichen Wissenschaft in Krakau. Im Jahre 1911 wurde er zum Direktor der Kurse für landwirtschaftliche Industrie in Warschau berufen, die sich gegenwärtig zur höheren landwirtschaftlichen Schule ausgestaltet haben. Zum Mitglied des Provisorischen Staatsrates ernannt, wurde er sodann zum Vize-Kronmarschall und Leiter des Departements für Kultus und Unterrichtswesen bestellt. Auf diesem Posten hat sich Professor Pomorski unvergängliche Verdienste erworben bei der Uebernahme des Schulwesens in polnische Hände. Politisch ist Herr v. Pomorski mehrmals als entschlossener Aktivist aufgetreten.

Der Minister für Handel und Industrie, Jan Zagleniczny, ist von Beruf Chemiker. Er studierte an der Technischen Hochschule in Zürich und ist bis heute Direktor der Zuckerfabrik „Brześć Kujawski“. Im Jahre 1906 wurde er in die Duma gewählt, wo er an den gesetzgebenden Arbeiten lebhaften Anteil nahm.

Der Minister für öffentliche Fürsorge und Arbeiterschutz, Stanisław Staniszewski, ist im Jahre 1864 in Kalwarja, im Gouvernement Suwałki, geboren, wo er bis vor Kriegsausbruch als Rechtsanwalt tätig war. In der ersten Periode des Krieges war er Vize-Präsident des Hauptfürsorgerates. wobei er besondere organisatorische Talente gezeigt hat. Nach Uebergang des Gerichtswesens in polnische Hände wurde Herr Staniszewski zum Präsidenten des Warschauer Appellationsgerichtes ernannt.

Der Minister für Lebensmittelversorgung, Stefan Przanowski, ist von Beruf Maschinen-Ingenieur. Er studierte an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, gründete dann ein technisches Büro in Warschau und widmete sich dem Bau von Schneidemühlen und Dampfmühlen im Lande. Er hat eine längere Zeit die Lebensmittelabteilung der Stadt Warschau geleitet und sich als tüchtiger Organisator bewährt.

Wie die obige Ministerliste beweist, trägt unser erstes Kabinett einen ausgesprochenen Kompromisscharakter. Interessant sind die Namen der Mitglieder dieses Kabinetts, aber auch die Namen derjenigen, die in dem Kabinett fehlen. Es ist ein Ministerium des Burgfriedens. Es fehlen sowohl ausgesprochene Anhänger der Rechten, die bei ihrem Passivismus bleibt — Herr Stecki wird aus seiner Partei austreten — wie auch Anhänger der Linken — die sozialistische Partei hat den Eintritt in das Kabinett abgelehnt und zuvor die Rückkehr Piłsudskis verlangt —. Die Anwesenheit mehrerer hervorragenden Fachkräfte garantiert eine positive Tätigkeit des Ministeriums. Das Land befindet sich in solcher Lage, dass es vor allem eben dieser modernen, produktiven Arbeit auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens bedürftig ist. Eine gedeihliche Arbeit liegt in der Richtung, die der Ministerpräsident in seiner grossen Rede vorgezeichnet hat — d. h. der Wunsch, mit dem die Mehrheit der hiesigen Presse das erste polnische Ministerium begrüsst hat. P. Warszawski.

Militärangelegenheiten in Polen.

Bei dem Ministerpräsident Herrn Kucharzewski fand eine Besprechung statt, in der der im Range älteste Offizier des polnischen Heeres, Oberst Januszajtis, die dringende Notwendigkeit der Aufstellung eines positiven Programms in Sachen der polnischen Armee darlegte. Die Hauptpunkte dieses Programms wären: 1. Die Unterstellung des polnischen Heeres unter den Befehl des Regentschaftsrates, 2. Bildung eines Ministeriums oder Departements für Krieg, 3. Inangriffnahme der Zwangsaushebung, 4. Verlegung des Polnischen Hilfskorps nach Polen, als Kader für die Rekruten, die die Zwangsaushebung ergeben wird.

Am 27. November ds. Js. hat das Oberkommando des deutschen Heeres einen Befehl herausgegeben, der die Punkte 1 und 3 der Verordnung vom 15. August ds. Js. verwirklichen sollte. Auf Grund dieser Verordnung wurde seinerzeit das Polnische Hilfskorps aus Polen nach Galizien verlegt, während eine Anzahl Instruktoren für die im Entstehen begriffene polnische Waffenmacht im Königreich verblieben war. Die Punkte 1 und 3 der genannten Verordnung sahen vor, dass spätestens am 1. Dezember diese Instruktoren, soweit sie österreich-ungarische Staatsangehörige sind, gegen solche polnischer Staatsangehörigkeit ausgetauscht werden müssen. Angesichts der erhöhten militärischen Tätigkeit während der letzten Wochen (Gründung einer Fähnrichsschule, einer Unteroffiziersschule, Verdoppelung der Rekrutenzahl in sämtlichen Truppenlagern, Ausmusterung der gemeldeten Freiwilligen) würde die Ausführung des Befehls vom 27. November für die militärische Arbeit in Polen von grosser Schädlichkeit sein, so dass von Seiten der verantwortlichen Faktoren im Königreich Polen energische Bemühungen unternommen wurden, um die Aufhebung des Befehls zu erwirken. Der Premierminister von Kucharzewski hatte eine Konferenz mit dem General-Gouverneur von Be-

seler, ausserdem hat der Regentschaftsrat an die beiden Monarchen Telegramme gesandt.

Am 1. Dezember ds. Js. hat das Oberkommando der deutschen Armee den Befehl vom 27. November aufgehoben und der bereits begonnene Abmarsch der einzelnen Abteilungen nach Galizien wurde eingestellt.

Deutsche Literatur über Litauen.

(Schluss.)

Und noch eine zweite Erinnerung — diesmal ein Symbol. Wie war es denn vor Tannenberg—Grunwald 1410? Da sind alle Litauer aufs schmählichste geflohen bis tief nach Litauen hinein und nur 300 Russen, Smoleńsker Weissrussen, hielten um den litauischen, d. i. um ihren Fürsten, bis zum letzten Manne aus und in den russischen Klagen bei Witowts Tode deutet auch nicht das geringste Wörtchen an, dass es sich um einen „Litauer" handelt. Litauisch war eben bereits 1430 ächt Russisch geworden, obwohl Witowt selbst sich noch mit autonomen litauischen Gedanken getragen haben soll. Später ist der Unterschied zwischen litauisch und russich nur noch konfessionell; beide waren gleichermassen Russen, aber die einen katholisch, orthodox die andern, und schon im XV. Jhdt., nach Witowts Tode, wäre Litauen wegen seiner Glaubensspaltung dem glaubensreinen Ostrussentum gegenüber erlegen und musste sich daher zu seiner einzigen Rettung an Polen nolens volens anschliessen, wenn es nicht ganz von Moskau aufgezehrt werden wollte. Soviel über die Vergangenheit Litauens Man könnte sich krank lachen, wenn man die Fabeln zusammenstellt, die ein Karge (Historiker von Fach dazu!), Werbelin, Widunas u. s. w., in die Fussspuren des (traurigen Andenkens) Fabelhanses Dowkont tretend, sich geleistet haben; Archivrat Karge scheute sich nicht, erfundene Geschichtlein einer „altlitauischen" Altweiberchronik als eine Wahr-

heit gegen alle Geschichte hinzunehmen; der Polenhass macht alle diese Herren einfach blind.

Und für die Gegenwart? Das einzige, worin man im ganzen Büchlein Gaigalats ihm Recht geben kann, ist, wo er dagegen protestiert, dass Annexionisten die Litauer gleich in einer oder spätestens zwei Generationen germanisieren oder aus ihrem Lande durch fremde Kolonisation vertreiben, aussiedeln wollen; mit Recht warnt er vor solchen Illusionen und macht sogar auf die Schädlichkeit solcher Stimmen in Presse und Versammlungen aufmerksam Die litauische Masse verhält sich zu allem abwartend — den Eindruck gewann ich aus hunderten von Briefen aus Litauen. die durch meine Hände gingen. Dagegen waren die Litauer in der Emigration, vom ersten Augenblick des Weltkrieges an, die wütendsten Gegner Deutschlands, was auch Gaigalat zugibt. Aber bis auf den einzigen vernünftigen Protest Gaigalats gegen Aussiedlung und Entnationalisierung ist auch dieser ganze Abschnitt nur nach tendenziösem Rezept zugeschnitten und gipfelt auf S. 162 mit der freundlichen und humanen Aufforderung: „Ueberhaupt sollten die wirklichen Polen, zumal sie nun einen eigenen Nationalstaat besitzen, in Litauen aber kein völkisches Heimatsrecht haben, dies Land schleunigst verlassen.“ Der Leser wird mir gern glauben, dass ich wörtlich Herrn Gaigalats Weisheit abgeschrieben habe und ich brauche dazu kein Facsimile als Beweisstück.

Um von dieser höchst unerquicklichen Schrift Abschied zu nehmen und erfreulicheren Stimmen uns zuzuwenden, formuliere ich hier für den fremden Leser, auf dessen Unvertrautheit mit der Sache stets alle „Neulitauer“ spekulieren und die kecksten Erfindungen mit der treuherzigsten Miene von der Welt als Wahrheiten vorbringen, die Wahrheit über Litauen.

Die Litauer waren bis unlängst ein Bauernvolk von zwei Millionen Menschen, ohne eigene, höhere Kultur, das sein Fortbestehen **nur** dem Bunde mit Polen und der dadurch **allein** bedingten Annahme des Katho-

lizismus verdankt; ohne diesen Bund wären alle Litauer, wie ihre Fürsten, wie schon die Söhne Olgirt's und Kinstut's, orthodox und Russen geworden. Wenn dagegen Gaigalat triumphierend einwendet, der Russifizierungsprozess von 1864—1904 hätte doch die Litauer nicht „verrusst“, so vergisst er wohlweislich, dass 1386 die Sache ganz anders lag als 1864; dass 1864 der Litauer durch das mehrhundertjährige Verdienst der alten polnischen Geistlichkeit allein so fest in seinem Katholizismus und durch das Verdienst des 19. Jahrhunderts so national geweckt war, dass ein Verrussen während dieser kurzen Spanne Zeit unmöglich war. Was von 1864—1904, innerhalb einer Generation, unmöglich war, war noch 1386, wo es kein Nationalgefühl und keinen konfessionellen Gegensatz gab, selbstverständlich, wenn nicht der Bund mit Polen Litauen vor dem sicheren Untergang, d. h. vor der völligen Auflösung im Russentum, gerettet hätte. Nach 1386 vegetierte der litauische Bauer ohne eigene Geschichte und Kultur, die erst russisch, dann polnisch wurde, mit dem Erfolg, dass z. B. seine einstigen Burgen, Wilno voran, polnische Städte wurden (Wilno ist ebenso polnisch wie Warschau gewesen; die Juden in Wilno sprachen einst polnisch, nach 1863 russisch und lernen heute wieder polnisch), dass sein gesamter Adel erst russisch und erst dann polnisch wurde, sich natürlich stets „litauisch“, nur nie im ethnographischen Sinne (wie dieser heute gilt), stets nur im staatlichen und geographischen, niemals im völkischen Sinne „litauisch“ nannte und fühlte.

Heute ist das litauische Bauernvolk zum nationalen Bewusstsein endlich erwacht und wir gönnen ihm sein nationales Leben von ganzem Herzen, natürlich innerhalb seiner eigentlichen Grenzen, also z. B. in Kowno, nicht in Wilno, wohin wenige (½%) litauische Bauern und Bäuerinnen in die polnische Stadt gekommen sind, an welche Stadt sie somit keinerlei Anspruch erheben können, wenn Recht und Wahrheit etwas gelten sollen. Die Polen, wo sie in Litauen

sind, sind seit Jahrhunderten bodenständig geworden und werden weder auswandern, noch von ihrer Kultur zurücksinken wollen und ein modus vivendi wird sich schon finden lassen, trotz allen Polterns aller „Neulitauer“ und ihrer fremden Fürsprecher. Ihre nationalen Rechte werden die Polen auch in Litauen nicht freiwillig aufgeben, so gerne sie auch den Litauern die ihren zugestehen, in Kirche, Schule und Amt; sie verlangen nur gleiches Recht für alle, mag dies auch einer Bauernpsychologie nicht einleuchten, die stets mit dem Stärkeren geht.

Das Büchlein von Dr. Karl Mehrmann, (Neudeutschland in Litauen, Coblenz 1917), aus derselben Journalistenreise entstanden, von der wir seinerzeit bei anderen ähnlichen Publikationen sprachen, ist ganz erträglich, soweit es blos Feuilleton ist; sowie es auf Politik zu sprechen kommt, ist es anders; von einer vollständigen Unwissenheit zeugt S. 34 f, wo jedes Wort ein Irrtum ist und der Verfasser mag sich mit Herrn Gaigalat auseinandersetzen, wenn ihm Litauen als „erwünschtes Kolonialland“ (S. 26) gilt, daher schon der Titel seiner Schrift, vgl. S. 87: „eine Gefahr bildet das volksschwache Litauen niemals für uns, wohl aber lädt es wegen seiner ungenügenden Besiedelung zur deutschen Kolonisierung ein“, vgl. dagegen die treffenden Einwendungen von fünf Gesichtspunkten aus bei Gaigalat S. 159—162, die uns jeder weiteren Bemerkung entheben. Herr Mehrmann wird S. 37 noch deutlicher: „Wir brauchen Litauen unbedingt. Nicht blos, um eine ungestörte Verbindung mit Kurland zu erhalten . . . weil es gegen ein unbotmässiges Polen die Flankenbedrohung bildet“; Mehrmann ist nämlich untröstlich über die Proklamation vom 5. November 1916, deren „Schäden vielleicht noch gemildert werden könnten“ durch die Besetzung Litauens.

Ungleich erfreulicher ist das Kapitel „Litauen“ von **Erich Zechlin** in „Westrussland“ usw., Teubner 1917, S. 68—96; der uns bekannte Verfasser bespricht kurz und

unparteiisch die wirtschaftlichen Verhältnisse; die ethnographische Gliederung; Geschichtliches, das Polentum in Litauen (aber nur auf Grund der parteiischen russischen Zählung von 1897! Warum nicht auf Grund der unparteiischen deutschen Zählung von 1916? Weil sie den Polen günstiger ist?); die Weissrussen (sehr treffende Bemerkungen, die beweisen, dass Zechlin unendlich besser orientiert ist als z. B. Gaigalat; Katholizismus und polnische Sprache sind unter den Weissrussen gleichbedeutend, ihre konfessionelle Spaltung, da die Hauptmasse der Weissrussen orthodox ist); endlich „die Litauer". Viele Bemerkungen sind sehr richtig, z. B. S. 88 „Wilno ist geradezu ein polnisches Zentrum, das Litauertum verschwindet dort ganz; ein litauisches Bürgertum gibt es einstweilen nicht, die Intelligenz wird vor allem durch den Klerus vertreten, daneben ist freilich in letzter Zeit auch eine weltliche Intelligenz entstanden. Die kulturelle und nationale Entwicklung des Litauertums ist ganz erheblich weiter vorgeschritten als die des Weissrussentums, absolut betrachtet, ist sie aber einstweilen auch nicht bedeutend". So sieht die Wahrheit gegenüber den „Neulitauern" aus. Sehr gut ist der Kampf um die Kirche geschildert und wir wünschten nur mehr solcher unparteiischen Stimmen eines wohl Unterrichteten in der deutschen Presse zu finden, obwohl Zechlin durchaus nicht etwa für Polen eintritt. Das erwartet niemand, man verlangt nur Wahrhaftigkeit. Zu irgend einem Schluss gelangt der Verfasser absichtlich nicht: er endigt mit der Erwartung eines Weges, „der dem Litauertum ein hinreichend grosses Feld zur Pflege seiner nationalen Eigenart überlässt und doch auch den Interessen gerecht wird".

In der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung" Nr. 42 vom 20. Oktober 1917 hat endlich Jan Vaizdas über Litauen gehandelt. Ich übergehe seine gewöhnlichen Phrasen von litauischer Kultur u. dgl., stimme dagegen vielfach mit ihm überein, ohne mir seine Motivierung anzueignen. Das Recht der Litauer

auf einen unabhängigen, selbständigen Staat beruht nicht auf ihrer angeblichen, nicht existierenden Kultur u. dgl., sondern es beruht nur auf dem allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf ihrem entschlossenen Willen zur nationalen staatlichen Existenz und auf der Vorbedingung dazu, einem ethnographisch einheitlichen, geographisch abgeschlossenen Gebiet mit Kowno als Kern- und Mittelpunkt. Keine Berufung der Polen auf irgend ein Staatsrecht, auf irgendwelche einstige Zugehörigkeit Litauens zu Polen könnte daran etwas ändern; gegen den Willen der Litauer darf niemand, geschweige annektieren, nicht einmal zu Bundesgenossen zwingen. Ich glaube auch nicht, dass irgend ein vernünftiger Pole einen so unvernünftigen Gedanken hegen könnte; dass daher der Verfasser diese Frage ziemlich überflüssig aufwirft und den Polen diese Absicht zumutet. Er selbst meint, wie Gothein etwa, dass diese Fragen „in einem Bunde Polens mit Litauen und Kurland als gleichgestellten und vollwertigen Bundesgenossen gelöst werden können“ (S. 986). Aber auch bei einer solchen Lösung der Frage würde die leidige Frage nach den Grenzen von Litauen und Polen (für Kurland sind sie ja ungefähr gegeben, d. h. die alten) aufgeworfen werden müssen, denn die alten Grenzen Polens und Litauens, d. h. Kongresspolens und der drei russischen Gouvernements (Kowno, Grodno, Wilno) sind nicht zu halten; Kongresspolen hat im Suwalkischen, in seiner Nordspitze, rein litauisches Gebiet; das Gouvernement Grodno ist nur in einem winzigen Zipfel litauisch; das Gouvernement Wilno zählt nur in seinem nordwestlichen Teil Litauer, und Wilno selbst liegt ausserhalb „Litauens“; nur das Gouvernement Kowno ist (bis auf einen winzigen Teil) wieder rein litauisch. Man könnte fürchten, dass, wenn Herr Vaisdas die Teilung der Gebiete vornehmen sollte, dies lecht auf eine Löwenteilung hinauslaufen könnte.

A. Brückner.

Die polnische Frage in den österreichisch-ungarischen Delegationen.

In der ersten Sitzung der österreichischen Delegation vom 3. Dez. überreichte der Del. Daszyński im Namen des Polenklubs folgenden Antrag: Die österreichische Delegation billigt die Politik des Herrn Ministers des Aeussern, baldmöglichst einen allgemeinen Frieden zu schliessen und erwartet, dass der Herr Minister tatkräftig bei den Friedensverhandlungen für die Verwirklichung eines lebenskräftigen, entwicklungsfähigen, den nationalen Rechten des polnischen Volkes entsprechenden polnischen Staates und zugleich auch für die Sicherung der Interessen der Monarchie in wirksamster Weise eintreten werde.

In den Delegationsausschüssen für Aeusseres gab Graf Czernin am 5. Dezember u. A. folgende Darlegungen:

„Die Erfolge der Mittelmächte an der russischen Front, welche zur Besetzung der von Russland beherrschten polnisehen Gebiete führten, haben den Mittelmächten einen Entschluss von historischer Bedeutung ermöglicht:

die Wiederaufrichtung des Königreiches Polen.

Von der russischen Unterdrückung befreit und zu eigenem staatlichen Leben berufen, wird das Königreich Polen als vorgeschobener Posten westlicher Kultur eine grosse Mission zu erfüllen haben. Während der Dauer des Krieges und angesichts der Nähe der feindlichen Front kann der Aufbau des polnischen Staates nur allmählich und schrittweise folgen. Die Einsetzung des provisorischen Staatsrates sowie die Vorkehrungen zur Aufstellung einer polnischen Armee, in der Folge die Schaffung des mit weitgehenden Machtvollkommenheiten ausgestatteten Regentschaftsrates, dessen erste Arbeiten der Konstituierung eines polnischen Ministeriums gelten, das wären entscheidende Schritte auf diesem Wege, denen nach Massgabe der Entwicklung weitere folgen werden. Mit dem grosszügigen und uneigennützigen Akte vom 5. November 1916 und den hierauf aufgebauten Verfassungsstatuten vom 1. September 1917 haben die Mittelmächte einen seit Jahrzehnt in der polnischen Volksseele schlummernden und seit Befreiung von der russischen Herrschaft nach Erfüllung ringenden Wunsch verwirklicht. Während andere Mächte dem polnischen Volke stets nur Versprechungen gemacht haben, denen nie eine Erfüllung folgte, haben Oesterreich-Ungarn und Deutschland an die Stelle der Worte Taten gesetzt: die Befreiung Russisch-Polens durch ihre siegreichen Waffen und die Wiederherstellung der Staatlichkeit des Königreiches Polen. Wenn bei Friedensschluss die Hemmnisse wegfallen werden, welche heute noch der Betätigung seiner vollen Selbständigkeit entgegenstehen, dann wird Polen über seine staatliche Zukunft selbst entscheiden können. Wohin es nach seinen Neigungen und nach seinen Interessen gravitieren wird, will uns nicht zweifelhaft erscheinen."

Besonders eingehend beschäftigte sich mir der polnischen Frage die ungarische Delegation, und zwar in der Sitzung vom 7. Dezember.

Delegierter B a r t a richtet an den Minister eine Anfrage betreffend die Einfügung des polnischen Königreiches in die Gruppe der Mittelmächte. In welcher Form werde diese erfolgen?

Graf A n d r a s s y führt u. A. aus:

Unter den Friedensfragen sei die für die Monarchie wichtigste die polnische Frage. Vor allem wolle er hier bemerken, dass, insofern als Polen in irgendeiner Form an die Monarchie angeschlossen würde, die Frage der staatsrechtlichen Formen dieser Anschliessung nicht vor die Delegation gehöre. (Allgemeine Zustimmung.) Die richtunggebende Rolle und die Verantwortlichkeit falle diesbezüglich nicht dem Minister des Aeussern, sondern der ungarischen und der österreichischen Regierung zu. Natürlich werden diese ihre Politik im Einvernehmen mit den gemeinsamen Ministern feststellen, allein das endgültige Forum dieser Fragen ist das ungarische Parlament und nicht die Delegation, und wir erwarten die Vorschläge nicht vom Minister des Aeussern, sondern von den betreffenden Regierungen. Sollte aber diese Frage zum Gegenstande einer Debatte gemacht werden, so behalte er sich vor, zum zweitenmal des Wort zu ergreifen, wozu ihm die Geschäftsordnung das Recht erteile, und hiebei seine Ansicht zu äussern.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede bemerkt Graf Julius A n d r a s s y, er würde es vom Gesichtspunkte der auswärtigen Politik für richtig halten, wenn Polen durch eine beständige Organisation zur Monarchie in ein gewisses Verhältnis gebracht werden könne. Ein vollständig unabhängiges Polen wäre eine Gefahr für den Weltfrieden, eine Gefahr für uns, für Deutschland, ja für Polen selbst.

Das kleine Kongresspolen sei nicht fähig, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein selbständiger Staat zu sein; es wäre eine grössere Gefahr für den Frieden, da es eine problematische Existenz hätte und ihm die Vorbedingungen zum selbständigen Bestande vollends fehlen würden. Wir haben auch in der Vergangenheit gesehen, dass eine Grundursache dieses Krieges eben darin bestand, dass Serbien nicht über die Vorbedingungen einer selbständigen Staatenexistenz verfügte und sich diese auf Kosten seiner Nachbarn erwerben wollte. Auf Grund dieser seiner Ansicht kommt Redner zur Folgerung, dass Polen nicht mit Deutschland, sondern mit Oesterreich-Ungarn enge Bande schliessen möge, zumal zwischen Deutschland und Polen grössere Gegensätze bestehen als zwischen Polen und Oesterreich-Ungarn. Ueberdies haben wir engere Beziehungen zu den Polen durch die Tradition, die Religion, und auch das Verhältnis zwischen Galizien und Kongresspolen lässt sich leichter durch einen engen Zusammenhang lösen als dasjenige zwischen Kongresspolen und Deutschpolen. Wir müssen dahin streben, dass Polen bei Wahrung seiner Staatlichkeit mit Zustimmung der Gesetzgebungen Oesterreichs, Un-

garns und Polens durch staatsrechtlich festgelegte Bande an uns angefügt werden möge.

Graf Karolyi teilt die Ansicht Andrassys, meint aber, das Exposé des Ministers sei in diesem Belange unklar. Redner würde sich freuen, wenn zwischen Polen, Ungarn und Oesterreich auf Grund der Personalunion ein enges Verhältnis geschlossen werden könnte, doch würde es unserer staatlichen Existenz widersprechen, wenn Polen einem gemeinsamen Oesterreich-Ungarn, das als solches nicht existiert, angeschlossen werden würde. Es ist fraglich, ob der Minister des Aeussern die Wiederherstellung Kongresspolens durch den Anschluss von bloss Galizien oder auch anderer Gebiete durchzuführen wünscht, und ob Deutschland Posen überlassen müsste. Hinsichtlich der Vertiefung des Bundesverhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bemerkt Redner, dass er und auch andere in Ungarn keine Freunde eines solchen Vorhabens sind.

Graf Tisza betrachtet es als eine sehr erfreuliche Folge der russischen Revolution, dass durch sie die Frage der Befreiung Polens automatisch gelöst wird. Ungarn wird es einstimmig begrüssen, wenn die polnische Nation über ihr Schicksal dahingehend selbst verfügen würde, dass sie mit der Monarchie in ein ständiges freundschaftliches Verhältnis und dauernde ausserpolitische Solidarität gelange. Redner hebt hierbei hervor, dass die Personalunion und der Dualismus miteinander nicht im Gegensatz stehen, zumal die Personalunion eine Form der Verwirklichung des Dualismus sein kann, an den wir uns ebenso wie an die Parität in der Hinsicht unser allen Umständen klammern müssen, dass wir den ungarischen Staat unter keinen Umständen majorisieren lassen können. Hinsichtlich der Einflussnahme Polens auf unsere auswärtige Politik müssen wir daran festhalten, dass Ungarn auf die auswärtige Politik unbedingt einen paritätischen Einfluss nehmen muss.

Delegierter Zlinszky war — im Namen der Apponyipartei — der Meinung, falls zwischen Oesterreich und Polen eine Personalunion zustande komme, auch zwischen Ungarn und Oesterreich ausschliesslich eine Personalunion bestehen könne.

Delegierter Baron Julius Madarassy-Beck schliesst sich all jenen an, die seitens der ungarischen Nation die Errichtung eines freien und unabhängigen Polens mit grösster Freude und Sympathie begrüssen, kann sich aber vor den Schwierigkeiten der Lösung der Frage nicht verschliessen. Redner erblickt Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur, infolge des Ausscheidens aus dem Verbande der Monarchie eines Landes, das zu den stärksten Produzenten gehörte, aber auch politische Schwierigkeiten, da Posen ausserhalb Polens verbleiden soll, was die Gefahr einer Irredenta nach sich ziehen könnte. Redner erwartet nähere Informationen

* * *

Dem „Lokal-Anzeiger" wird am 11. Dezember aus Wien gemeldet:

„In hiesigen diplomatischen Kreisen erhält sich seit einigen Tagen das Gerücht, dass in der polnischen Frage neue Entscheidungen gefallen wären. Danach soll nicht nur eine Personalunion, sondern eine Realunion zwischen der Monarchie und Polen geplant sein; Galizien solle bei Oesterreich bleiben (?), doch solle das Land geteilt und ein neues Kronland Ostgalizien mit Rücksicht auf die dortige ukrainische Volksmehrheit gebildet werden."

Uns scheint diese Nachricht ziemlich unwahrscheinlich.

NOTIZEN

Politisches.

Das ungeteilte Polen Unter diesem Titel bringt der „Lokal Anzeiger" vom 14. Dezember (Abendblatt) folgenden Aufsatz: „Der Regentschaftsrat des Königreichs Polen, der Ministerpräsident und die städtischen Körperschaften von Warschau empfingen dieser Tage eine Abordnung der Stadt Krakau, die ihnen huldigen wollte und dabei die Versicherung überbrachte, dass die alte polnische Krönungsstadt, obwohl sie noch nicht zur politischen Ganzheit gehöre, sich um so stärker zur grossen, trotz allem ungeteilten und unteilbaren polnischen nationalen Einheit zugehörig fühle. Das Regentschaftsmitglied Fürst Lubomirski drückte in einer Ansprache den Dank für Krakaus Huldigung aus und schloss etwa folgendermassen: „Eure Worte stärken unsere Kräfte, trotz aller Hindernisse das einzige leuchtende Ziel vor Augen zu haben: Ein ungeteiltes, unabhängiges Polen. Bald — Gott wird es geben — werden wir uns durch das Band der Weichsel, welches uns bisher trennte, in Zukunft uns aber vereinigen wird, die brüderlichen Hände reichen, eine unzertrennliche Ganzheit bildend." Dem Ministerpräsidenten v. Kucharzewski gegenüber gab die Abordnung dem Wunsche Ausdruck, dass die Regierung die Kraft haben werde, alle Wünsche, welche das polnische Volk an sie knüpfe, ohne Rücksicht auf Grenzen zu erfüllen.

„Ein ungeteiltes, unabhängiges Polen, das sich ohne Rücksicht auf Grenzen durchsetzen werde — deutlicher kann man gewiss nicht sein. Und die Regierungen der beiden Mittelmächte bilden sich immer noch ein, mit dem neuen Staat, den sie, gestützt auf ihre glorreichen Waffenerfolge, ins Leben gerufen haben, recht und schlecht ihr Auskommen finden zu können. Wir sind nur begierig zu sehen, wie lange es dauern wird, bis auch aus Posen und Gnesen Abordnungen nach Warschau wallfahren werden, um dem Fürsten Lubomirski und seinen Mitregenten in gleicher Weise zu huldigen. Ohne Rücksicht auf Grenzen lautet ja die Losung! Der deutsche Reichs-

tag hat aber keine andere Sorge als die, dass man die Polen nicht früh und nicht vollkommen genug in den Genuss der ungeteilten und unbeschränkten Selbständigkeit und Unabhängigkeit setzen könnte. Er weiss in diesem Falle wirklich nicht, was er tut!“

Der Ton des „Local-Anzeigers“, in dem er polnische Fragen und Unterredungen mit polnischen Politikern deutet, findet in obigem Aufsatze ein vorbildliches Beispiel. Es werden hier Reden der Staatsoberhäupter Polens mit denjenigen der Krakauer Gäste verwechselt (Mitglied des Regentschaftsrates Fürst Lubomirski sprach nicht von einem ungeteilten, sondern vom unteilbaren Polen, das gegenwärtig in mehrere Okkupationsgebiete getrennt ist!) und man gibt dem Ganzen den Anschein, als ob es sich um die Idee der Einigung sämtlicher polnischen Gebiete handelt — dagegen wird verschwiegen, dass Fürst Lubomirski die Tätigkeit des Regentschaftsrates als Verwirklichung der Patente vom 5. November und 12. September bezeichnete. Dem Leser werden somit ganze ungeheuerliche Dinge suggeriert, das Bild von Gnesen und Posen wird heraufbeschworen und der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes, die mit vollem Bewusstsein die Ententepolitik Polen gegenüber wirkungsvoll durchkreuzt, vorgeworfen, dass sie nicht weiss, was sie tut.....

Trotzdem werden die Tatsachen nicht geändert werden, dass die Polen als Nation eine Einheit bilden, ferner dass die galizischen Polen offen und frei vor der ganzen Welt den Willen aussprechen, mit Polen vereinigt zu werden — wenn die Wiener k. k. Staastanwaltschaft darin nichts Böses sieht, so möge der Berliner Zerberus doch nicht eifriger als letztere sein — und dass die Häupter des polnischen Staates in Warschau dieser Idee mit Anteilnahme gegenüberstehen. Nur in diesen Rahmen wurde der schöne Huldigungsakt der alten polnischen Krönungsstadt Krakau an den Regentschaftsrat gehalten — alles andere ist Deutung und Stimmungmache, die ihren Zweck gründlich verfehlen wird.

Der Regentschaftsrat an die Polen in Russland. Auf dem Kongress der polnischen Demokratie in Russland hat der Vorsitzende General Babiański dem Regentschaftsrat eine Huldigungsadresse übersandt. Darauf hat der polnische Ministerpräsident folgendes geantwortet:

„Der erlauchteste Regentschaftsrat hat mich beauftragt, Ihnen, Herr General, den Ausdruck seiner lebhaftesten Freude auszusprechen über die namens des polnischen demokratischen Kongresses dargebrachte Huldigung und Gehorsamserklärung. Die von dem Kongress eingenommene, so hoch patriotische Stellung, die auch fast von allen politischen polnischen Parteien geteilt wird, erlaubt mir die Hoffnung zu hegen, dass bei der Arbeit an dem weiteren Aufbau des unabhängigen polnischen Staates und um die zur Lösung dieser Aufgabe berufene polnische Regierung sich die ganze Nation in Disziplin zu-

sammenscharen wird, von dem Bewusstsein des grossen historischen Moments durchdrungen und von der Ueberzeugung getragen, dass die Unterordnung unter eine einheitliche Behörde notwendig ist."

Die Warschauer Delegation in Wien. Die Delegation der Warschauer aktivistischen Parteien, die zuvor in Berlin politische Beziehungen angeknüpft hat, hielt sich vom 2. bis 6. ds. Mts. in Wien auf. Die Zusammensetzung der Delegation hatte sich inzwischen etwas geändert, da Universitätsdekan Professor Parczewski von Berlin nach Warschau zurückkehren musste: an seine Stelle trat in Wien Herr Stefan Dziewulski.

Die Warschauer Delegation hat folgenden Wiener Staatsmännern einen Besuch abgestattet: dem Minister für Auswärtiges, Grafen Czernin, dem Ministerpräsidenten Seidler, dem ungarischen Minister a latere Grafen Zichy, dem Unterrichtsminister Cwikliński und dem Minister für Galizien Twardowski. Ausserdem hat die Delegation noch verschiedenen hervorragenden Parlamentariern Besuche abgestattet und mit dem Präsidium des Polenklubs eine informatorische Unterredung gehabt.

Zu Ehren der Warschauer Herren hat der Minister für Auswärtiges, Graf Czernin, am Donnerstag, den 6. ds. Mts. einen Empfangsabend gegeben, an dem ausser den Gästen, dem Grafen und der Gräfin Czernin noch folgende Herren teilgenommen haben: Legationsrat Baron Andrian, Hofrat Rosner und die Abgeordneten Biliński, Jędrzejowicz, Jaworski und German.

Nachdem die Warschauer Deligation noch mit verschiedenen polnischen und österreichischen Politikern Konferenzen abgehalten hat, reiste sie von Wien nach Budapest.

Die polnische Regierung und die Juden. Auf der in Warschau stattgefundenen Konferenz der polnischen Rabbiner erschien der Vize-Kronmarschall, Herr von Mikułowski-Pomorski, der Direktor des Departements für Unterricht und Kultuswesen, begrüsste im Namen des Ministerpräsidenten die Versammlung, betonte, dass sämtliche Landeskinder Polens, ohne Rücksichten auf ungebetene Einmischungen, auf Grund der gleichen bürgerlichen Rechte, solidarisch zusammengehen müssen und erklärte, dass die polnische Regierung besonderes Gewicht darauf lege, die jüdische Frage in einem für beide Teile günstigem Sinne zu regeln.

Am Tage nach dem Emgfang der polnischen Presse hat der Ministerpräsident von Kucharzewski die jüdischen Pressevertreter zu sich geladen und hielt an dieselben eine längere Ansprache, in der er für die Gleichberechtigung aller Religionen und Nationalitäten in Polen eintrat und den Juden die gleichen bürgerlichen und nationalkulturellen Rechte im polnischen Staat zusicherte. „Ich weiss nicht

ob irgendwelche Garantien für das Dasein der jüdischen Bevölkerung, welche von auswärts erlangt werden sollten, von Erfolg sein würden. Sie würden vielmehr bei der polnischen Bevölkerung den Eindruck unbegründeten Misstrauens gegenüber den jüdischen Mitbürgern hervorrufen und könnten als Versuch gedeutet werden, den Grundsatz der Unabhängigkeit des polnischen Staates zu schmälern," sagte der Ministerpräsident und schloss mit der Aufforderung an den mitanwesenden Direktor des politischee Departements, Grafen Rostworowski, die jüdische Presse genau ebenso zu behandeln wie die polnische.

In gleicher Weise empfing der Ministerpräsident auch eine Delegation der polnischen Rabbiner. Der Lodzer Rabbiner hielt eine Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, dass alle Juden, ohne Unterschied der Anschauungen und Bestrebungen, dem polnischen Land und der polnischen Regierung treu ergeben sind. Der Ministerpräsident anwortete, dass jetzt, in der Zeit des schwierigen Wiederaufbaues des polnischen Staates, alle Konflikte zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten vermieden werden müssen.

Alle religiösen, kulturellen und sogar gewisse andere Sonderbestrebungen der Juden werden in dem polnischen Staate ihre Berücksichtigung finden, aber den Charakter dieses Staates nach aussen müsse einheitlich polnisch sein. Die Religion ist der Bindekitt der Juden, ohne diese wären sie nicht mehr vorhanden. Der Ministerpräsident vertraut daher in jeder Beziehung auf die Rabbiner, die Vertreter des religiösen Judentums. Der Kalischer Rabbiner bemerkte zum Schluss, dass die Rabbiner dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift einreichen werden, in der sie die Beseitigung verschiedener, durch die russische Regierung eingeführter Beschränkungen verlangen und die Gleichberechtigung der Rechte der Rabbiner mit den Geistlichnn anderer Konfessionen beantragen werden.

Sind die Polen feindliche Ausländer? Ein hoch erfreuliches und als Präcedenzfall wichtiges Urteil wurde Mitte Oktober von einem Königlichen Amtsgericht gefällt. Es handelte sich um eine polnische Arbeiterin, gegen welche die Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen die § § 1, 4 der Bekanntmachung des Oberkommandos vom 25. Januar 1916 Strafe beantragt hatte Der Antrag der Staatsanwaltschaft wurde auf Kosten der Staatskasse zurückgewiesen, da „diese Bekanntmachung sich nur gegen Angehörige feindlicher Staaten richtet, die Angeschuldigte aber als Angehörige des polnischen Staates n i c h t m e h r Angehörige eines feindlichen Staates ist"

Der Ministerpräsident und die internierten Legionäre. Der Ministerpräsident empfing eine Abordnung der Eltern und Angehörigen der internierten Legionäre und versicherte, dass die im Entstehen be-

griffene polnische Regierung alle Schritte unternehmen wird, um die Lage dieser Legionäre zu verbessern.

Kundgebungen für Piłsudski.- Warschau, 11. Dezember (W. T. B.) Am letzten Sonntag haben Warschauer Studenten Kundgebungen für Piłsudski und die interniertrn Legionäre veranstaltet, welche znr Ansammlung grösserer Menschenmengen führten. Bei dem Versuch, unter Absingen aufreizender Lieder ins Innere der Stadt zu ziehen, kam es zu Zusammenstössen mit der Schutzmannschaft und hinzugezogenem Militär. Mehrere Personen, darunter ein deutscher Schutzmann, murden leicht verletzt.

Unter den Verhafteten sind drei Studenten, neun Schüler und eine Schülerin höherer Lehranstalten.

Die Kundgebungen waren von der polnischen Jugend, insbesondere von der Piłsudski ergebenen freien polnischen militärischen Organisation (P. O. W.) vorbereitet und geleitet.

Superintendent Schöneich aus Lublin an die Legionäre - Herr Superintendent Schöneich aus Lublin sandte an die polnischen Legionäre in Przemyśl folgende Depesche: Ich danke von ganzem Herzen für Ihren Brief und sende den teuren, lieben Legionären meine herzlichste Begrüssung. Möge Eure Arbeit und Euer Dienst sich weiter entwickeln und gesegnet sein auch auf heimischen Boden. Die Taten und der Adel des Geistes bereiten für Millionen eine erhebende und glückliche Zukunft vor." Dieses Telegramm war die Antwort auf ein Huldigungsadresse, die die Legionäre aus Przemysl dem verehrten Superintendenten, einem verdienten Bürger Polens, gesandt haben.

Die Polen in Holland. Das polnische Komitee im Haag hat, um den Dank der Polen für die holländische Gastfreundlichkeit zum Ausdruck zu hringen, der Königin von Holland ein Huldigungstelegramm gesandt. Hierauf antwortete im Auftrag der Königin der holländische Minister, Loudon, und teilte dem Vorsitzenden des polnischen Komitees, Herrn Dr. Jan Włodek, in ausserordentlich verbindlichen Worten den Dank der Königin für die Huldigung der Polen mit.

Holland beherbergt jetzt während des Krieges nicht allein sehr viele fremde Gäste, sondern es gestattet auch die Ausfuhr erheblicher Mengen von Lebensmitteln für die Kriegsgefangenen in Oesterreich und Deutschland. Die Versorgung der polnischen Kriegsgefangenen in dieser Richtung hat das Polnische Komitee in Haag in die Hand genommen und für etwa 65 000 Gulden holländischer Währung Lebensmittel nach den Gefangenenlagern gesandt. Das Geld stammte in der Hauptsache von dem General-Komitee für Hilfeleistung für die Opfer des Krieges in Polen in Vevey. Jetzt ist es dem polnischen Komitee in Haag auch gelungen, eine polnische Sektion bei der Or-

ganisation „Oeuvre Internationale pour blessés et prisonniers de guerre“ in Mastricht zu begründen, die nun weiter die Versorgung der polnischen Kriegsgefangenen in den kriegführenden Ländern mit Lebensmitteln betreiben wird.

Oberst Zieliński, Kommandeur des polnischen Hilfskorps (Legionen), ist zum General befördert worden.

Kultur.

Tod des Rektors der Warschauer Technischen Hochschule. In der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember ds. Js. starb in Warschau plötzlich der verdiente Rektor der Warschauer Technischen Hochschule, Professor Stanislaw Patschke. Der Verstorbene erfreute sich grossen Ansehens in der fachwissenschaftlichen Welt und grosser Liebe bei den Angehörigen der Hochschule.

Eine evangelische theologische Fakultät bei der Warschauer Universität. Pressenachrichten zufolge, wird in allernächster Zeit an der Warschauer Universität eine Fakultät für evangelische Theologie eröffnet werden. Einem seit Jahrzehnten gehegten Wunsch fast sämtlicher Evangelischen in Polen wird damit endlich Genüge getan.

Die Schulhandbücher für die polnischen Schulen im Königreich und Litauen der deutschen Okkupation werden — wie Warschauer Blätter melden — in Leipziger und Berliner Druckereien gedruckt während die in Warschau zahlreich vorhandenen und sehr leistungsfähigen Druckereien keine solche Bestellungen erhalten haben. Aus Galizien dürfen solche Schulhandbücher nach dem Gebiete der deutschen Okkupation nicht eingeführt werden.

Wirtschaftliches.

Polnische Landes-Darlehnskasse. Der Ausweis vom 30. November cr, weist folgende Ziffern auf

I. Verbindlichkeiten:	31. Oktobr.	30. Novbr.
Landes-Darlehnskassenscheine im Verkehr (ohne die in den eigenen Kassen befindlichen Bestände)	176040566	226388316
Fremde Gelder (Kontokorrenteinlagen und Depositen) .	40111598	61560764
Sonstige Verpflichtungen . .	1524801	3089089
	217676956	280958171

II. Anlagen)

Barbestand (deutsche Reichswährung und Metallgeld, ohne Landes - Darlehnskassenscheine)	3150268	1799695
Kontokorrent- Guthaben bei deutschen staatlichen und privaten Instituten . . .	100916574	139821746
Sonstige Guthaben		47273
Lombards	56013517	69628339
Schatzwechsel und Diskonten	56092995	67329078
Sonstige Auslagen	1503602	2332038
	217676956	280958171

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Załachowski, Charlottenburg.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42